

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Reimer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hüner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Thielheim und J. Schöneberg.

Danziger



Zeitung.

Danziger Zeitung.

Abonnements pro August und September für Auswärtige 1 Thlr. 7½ Sgr., für Danzig 1 Thlr. 5 Sgr., nimmt an die Expedition, Gr. Gerbergasse 2.

(W.A.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 30. Juli. Nach hier eingetroffenen Berichten aus Veracruz vom 1. d. war der Gesundheitszustand auf der Flotte befriedigend. Zugleich ist ein Bericht des Generals Forencez vom 24. v. Mts. über die Kämpfe vom 13. und 14. Juni eingegangen. Das Resultat dieser Kämpfe war der Rückzug der mexikanischen Armee. Der Gesundheitszustand der Truppen ist gut, der Geist vortrefflich.

(Diese Depesche brachte zur Zurücklegung des Weges von Paris nach Berlin mehr als 10 Stunden.)

Trebinje, 29. Juli. Heute Morgen wurde die in Zubat befindliche Türkenmiliz von den Insurgenten angegriffen. Alle massenfähigen Trebinjaner eilten dahin. Der Kampf dauerte bei lebhaftem Feuer zur Zeit noch fort.

Landtags-Verhandlungen.

30. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. Juli. Budgetberatung. Etat des Bureaus des Staatsministeriums für 1863.

Abg. Dr. Becker (Dortmund): Der Antrag der Commission sei in so weit gerechtfertigt, als er dem Ministerium das Misstrauen des Hauses zu verstehen gebe. Aber die Gegensätze, welche zwischen dem Hause und dem Ministerium beständen, würden durch Streichungen bei diesem Gegenstande nicht ausgeglichen werden. Im Etat gäbe es noch viele geheime Fonds; wenn man die Mittel für die Sternzeitung zu diesen rechne, so möge man wenigstens bei Revision der Fonds nicht den Anfang mit der ungeschicklichsten Verwendung machen und die freie Presse sei selbst bei dem Fortbestande der Sternzeitung interessirt. Die Uebelstände, welche an jeder offiziellen Presse haften, seien unverkennbar, aber man müsse unterscheiden, ob sie im Wesen der Presse, oder anderswo wurzelten. Was an der obersten Spitze als Wunsch ausgesprochen würde, komme als donnernder Befehl zu der Spitze, die den Wunsch beachten solle. Davon seien die Wahlerlasse redende Bungen, und ebenso die offiziellen Artikel in der Tagespresse; je weiter nach unten, desto schriller und praller würden die Äußerungen und den Verwurf dafür mache die öffentliche Meinung der Regierung. Ein zweiter Uebelstand sei, daß die offizielle Presse nicht bloß benutzt werde, die Meinung der Regierung auszusprechen, sondern auch eine sogenannte öffentliche Meinung im Lande zu machen durch Einsendung von Artikeln in die Provinzial-Presse und demnachstige Reproduction derselben als angebliche Stimmen aus der Provinz. Gegen dieses Unwesen zu kämpfen, sei Sache der freien Presse, und wenn es ein Feld gebe, wo das Ministerium noch nie Sieger geblieben, so sei es das der Presse; und die freie Presse werde auch künftig, wenn die ministeriellen Organe zu falschen Versuchen sollten, ihr schon auf die Finger klopfen.

Finanzminister v. d. Heydt: Er könne nur wiederholt bitten, die Summe unverkürzt zu bewilligen, sowie er bedauern müsse, daß die Summe für 1862 nicht bewilligt sei, um so mehr, als schon jetzt eine größere Summe für 1862

verausgabt sei und die Regierung sich ungeachtet des Beschlusses des Hauses der Pflicht nicht entziehen könne, die Zahlungen zu leisten, welche im Interesse der Verwaltung unerlässlich seien. Die Regierung werde durch den Beschluß des Hauses in die Verlegenheit gesetzt, die Ausgaben als Etats-Ueberschreitungen anzusehen, deren Genehmigung dann gar nicht ausbleiben könne, weil es sich um Erfüllung bestehender Verpflichtungen handle. Für das Jahr 1863 werde ebenso verfahren werden müssen, wie er hier ausdrücklich erkläre, und er könne deshalb nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß das Haus auf die Erklärungen der Regierung Rücksicht nehmen möge. Er glaube nicht, daß es sich empfehlen dürfte, die Artikel der Sternzeitung hier zu verhandeln; die Minister und auch der Ressort-Minister könnten die Artikel nicht corrigiren.

Abg. Dr. Frese (Minden): Durch die Erklärung des Hrn. Finanzministers werde die Sache eine ernstere; der Minister kündige an, die Regierung werde Ausgaben, welche die Landesvertretung verweigere, dennoch machen. Der Regierungs-Commissar habe an die Loyalität des Hauses appellirt. Wie man aber da von Loyalität sprechen könne, wo das Ministerium die liberale Presse beliebig zu maßregeln im Stande sei und das Haus ein gegen dasselbe gerichtetes Partei-Organ honoriren solle, begreife er nicht. Der Finanzminister habe die Ehre des Hauses für interessirt bei dieser Sache erklärt; das Haus werde seine Ehre selbst zu wahren wissen; gerade in diesen feineren Beziehungen stimme das Haus am wenigsten mit der Regierung; das zeige sich schon darin, daß die Regierung eine solche Forderung an das jetzige Haus überhaupt zu stellen das Herz habe. Er glaube ferner nicht, daß, wenn die Regierung Verpflichtungen eingegangen sei, damit die Staatskasse belastet werden dürfe. Er gebe zu, daß die Verantwortlichkeit für diese Verpflichtung weniger das gegenwärtige als das vorige Ministerium treffe, und er würde auch nichts dagegen haben, wenn die Regierung eine bestimmte Summe im Extraordinarium zur Deckung dieser Verbindlichkeit forderte, aber das wäre doch etwas Anderes, als das, was der Finanzminister verlangte, das Budget mit einer solchen Ausgabe fortan dauernd zu belasten. Wozu bewillige man das Geld, wenn, wie es der Finanzminister gethan, die Regierung zuletzt die Verantwortlichkeit für die einzelnen Artikel ablehne. Er bitte im Interesse der öffentlichen Moral (Unruhe rechts), die Mittel nicht für ein Organ zu bewilligen, welches Artikel bringe, in denen gesagt werde, daß dies Abgeordneten-Haus die Regierung dahin bringen wolle, die Interessen des Landes durch Verletzung der Rechte des Landes zu schädigen, also gewissermaßen mit einem Verfassungsbruche drohe. (Hört! Hört!)

Finanzminister v. d. Heydt: Das Ministerium habe sich dieser Forderungen nicht zu schämen, es mache sie mit offener Stirn. Wenn der Vorredner von öffentlicher Moral spreche, so habe er darauf zu erwiedern, daß die Regierung sich der Pflicht niemals entziehen könne, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Es sei würdiger, daß die Regierung diese Forderungen als ordentliche Positionen in den Etat angesetzt habe. Die Regierung werde die Summen als Etats-Ueberschreitungen motiviren müssen, und darin liege gewiß kein Verfassungsbruch; die öffentliche Moral aber verlange, daß man eingegangene Verpflichtungen erfülle (Beifall bei der Fraction links).

Minister des Innern v. Jagow: Die beiden Vorredner hätten auch nicht einen einzigen Fall angeführt, wo von

Regierung jetzt einen Fehler gemacht, dessen Größe allseitig, ja auch im Lager der entschiedensten Großdeutschen, anerkannt wird.

Doch lassen wir unsere Erinnerung sich nicht zu weit auf dem Gebiet der Politik verirren; gehen wir jetzt zur technischen Seite des Festes, zum Schießen, über. Dabei ist es recht augenscheinlich hervorzuheben, wie groß die Ueberlegenheit der Schweizer im Gebrauch der Waffe ist, und wie wir uns unser ganzes System ändern müssen, wenn wir mit ihnen concurren wollen. Mit der Annahme der gleichen Waffe ist es nicht gethan, auch die Art des Schießens müssen wir von den Schweizern lernen. Mit anerkanntem Werthe der Bereitwilligkeit haben die Schweizer Jeden, der es wissen wollte, all die Kleinigkeiten mitgetheilt und gezeigt, wodurch sich ihre Schießweise von der unseren unterscheidet, und hoffentlich werden wir in Bremen Gelegenheit finden, die günstigen Folgen dieses Unterrichts kennen zu lernen.

Nach diesem kurzen Rückblicke bleibt dem Referenten eigentlich nur noch eine angenehme Pflicht zu erfüllen übrig, er soll, nach Beendigung seiner Berichte, wenn er all den Glanz und die Herrlichkeit beschrieben hat, welche in buntem Treiben an ihm vorübergegangen ist, sich nun zum Schluß von seinem egoistischen Standpunkt erheben, um im Namen der Tausende, die da kamen und das Fest mitfeierten, den Dank öffentlich auszusprechen, welchen privatim bei seiner Abreise jeder Schütze ausgedrückt hat.

Gehen wir hierbei, um Niemanden zu vergessen, in einer gewissen chronologischen Ordnung vorwärts, so muß zuerst und zuletzt dem gesammten Comité der Dank ausgesprochen werden für die Aufopferung, mit welcher es trotz der Ungunst der Elemente, welche scheinbar das Fest zu verhindern strebten, die volle Durchführung des Programms ermöglicht hat, eine Aufopferung, welche sogar den Born der Götter befruchtigt hat, die in ihrem Groll nachließen, und die Festlichkeiten, nach einigen mißlungenen Versuchen sie zu stören, ungehindert vor sich gehen ließen.

Nach den Mitgliedern des Comité's gebührt aber den gesammten Bewohnern Frankfurts und besonders den schönen Frankfurterinnen ein Dank aus vollem Herzen für die hoch-

Seiten des literarischen Bureaus die öffentliche Moral verlegt worden sei.

Abg. Lette: Er wünsche auch das Institut der Kreisblätter, welche solche Schandartikel enthielten, wie die gestern verlesenen, purificirt. Er halte indeß ein officieles Organ für nöthig, damit die Regierung mit offenem „Visir“ einher-schreiten und ebenso angegriffen werden könne. Er halte allerdings die Ausschreitungen der Sternzeitung ebenfalls für unwürdig. Eine Parteilregierung wie in England sei bei uns nicht möglich, daher sei auch ein Parteiblatt für die Regierung unmöglich, und sie müsse sich ein besonderes Organ schaffen. Presse und Vereinsrecht, das habe er schon 1848 gefagt, seien die mächtigsten Träger des Fortschritts. Im liberalen Interesse sei er also für die Bewilligung.

Abg. Dr. Virchow: Der Commissarius hätte in der Commission Mittheilungen machen sollen, wie weit die eingegangenen Verpflichtungen gingen. Nach privaten Mittheilungen in der Commission seien dieselben nicht so bedeutend, und man könne den späteren Vorlagen der Regierung in dieser Beziehung mit Ruhe entgegentreten. Ob die Regierung übrigens mit Recht auf diesen Fond Verpflichtung übernommen habe, sei sehr zweifelhaft. Jedenfalls liege kein Grund für das Haus vor, sich dadurch von seinem Beschluß abbringen zu lassen. — Was die Angriffe der Sternzeitung gegen das Abg.-Haus betreffe, so sei er der Ansicht, jede Presse müsse das Abg.-Haus als Vertreter des Landes achten und ehren (Bravo). Glaube die Regierung, das Haus verrete nicht das Land, so möge sie es auflösen. So lange dies aber nicht geschehen sei, müsse dem Hause auch in der ministeriellen Presse die nöthige Achtung erwiesen werden. (Bravo).

Minister v. Jagow: Man habe von Schmähungen gesprochen, die in der „Sternzeitung“ laut geworden; es scheine, als ob die Mitglieder des Hauses das Blatt nicht gelesen hätten. Bis man ihm bestimmte Nachweise gegeben, erwarte er den Beweis des Gegentheils seiner Behauptung.

Reg.-Commissar Geh. Rath Hegel: Die Erklärungen des Commissars in der Commission seien vollkommen genügend gewesen; die Regierung sei bestimmte Verpflichtungen eingegangen und zwar auf längere Zeit, da sie gute Literaten nicht immer auf den Augenblick haben könne. Den Vertrag wegen der Zeitung habe er nicht vorgelegt, und das sei auch nicht notwendig gewesen, da der Fond ein geheimer sei. Doch seien die Mittheilungen klar genug gewesen, einen Anhalt zu einem Beschluß zu geben.

Minister v. d. Heydt: Was nun die Belehrung des Abg. Virchow betreffe, so bedürfte die Regierung derselben nicht. Sie sei sich bewußt, dem Hause stets die schuldige Achtung zu zeigen, auch in ihrer Presse. Ob das Haus aber sich stets seiner Pflicht gegen die Organe der Regierung bewußt sei, das zu entscheiden, müsse er dem Hause selbst überlassen. (Einzelnes Bravo rechts, Heiterkeit links.)

Abg. v. Hennig (Strasburg): Die Regierung habe nicht das Recht, eine Ansicht wie die von dem Finanzminister gehörte, abzugeben, denn dieselbe belege nichts anderes, als daß das Steuerbewilligungsrecht der Landesvertretung von der Regierung nur so weit geachtet werde, als es der Regierung bequem sei. Kein Minister, der die Verfassung halten wolle, könne so sprechen. Geheime Fonds müßten alle Jahre bewilligt werden, und die Regierung dürfe deshalb auf diese Fonds hin gar keine Verpflichtungen über mehrere Jahre hinaus eingehen. Die Regierung dürfe überhaupt keine bindende Verpflichtung dieser Art ohne Genehmigung des Hauses ein-

herzige Gastfreundschaft, mit der sie den Fremden entgegen-tamen. Und zu diesen gesellte sich die Schaar der kleinen Turner, welche die Fremden zu empfangen und in ihre Wohnungen zu geleiten hatten, eine Aufgabe, der sie sich auf das freundlichste und liebenswürdigste unterzogen hatten.

Wenn wir den Behörden der Stadt Frankfurt, welche das Erzbild der Germania auf dem Plage der alten Kaiser-wahl aufstellen wollen, hier unseren Dank aussprechen, so geschieht das mit dem wehmüthigen Gefühle, daß es in Deutschland noch immer mit ganz besonderem Danke anerkannt werden muß, wenn eine Behörde zeigt, daß sie ein Herz hat für deutsche Interessen. Möge die Zeit nicht mehr fern sein, wo das die Regel und das Gegentheil die Ausnahme sei. Und bei dem Dank für die Behörden auch zugleich einen Dank für die negative Thätigkeit der Polizei. Sie hat dadurch, daß sie sich dem Fest möglichst fern hielt, gezeigt, daß es ganz gut geht, wenn man hunderttausend Menschen sich selbst überläßt, und ihnen erlaubt, sich zu amüsiren, ohne daß ein Polizeibienner dahinter steht, welcher die Grenzlinie bestimmt, bis zu der das Vergnügen gehen darf.

Aber für diese sämmtliche Polizei, so weit sie vielleicht nöthig gewesen wäre, war ein Erjaß geboten durch die bewaffnete Turnerschaar, welche die Eingänge zum Plage, zum Sabentempel u. s. f. bewachten. Auch in Bereich dieser Einrichtung hat das Fest der Volkspartei einen ungeheuren Dienst geleistet. Nach dem Urtheile aller Anwesenden hätte keine noch so gut exercirte Truppe den Dienst besser und pünktlicher versehen können, als diese Schaar von jungen Leuten, welche freiwillig sich hier zum Dienst für das Volk gestellt hatten, welche unter einem frei gewählten Führer eingeübt worden. Darum sei ihnen, die die Thätigkeit einer Volkswehr allen, welche daran zweifeln, so deutlich vor die Augen geführt haben, ganz besonders ein Dank gewidmet, nicht nur für das, was sie für das Fest, sondern für das, was sie für die Sache des Volkes hierbei geleistet haben.

Und mit der frischen Erinnerung an diese tüchtige Schaar will ich auch Abschied nehmen vom Fest und vom Leser, mit den Worten, welche gewöhnlich jede Trennung in den letzten Tagen begleiteten: „Auf Wiedersehen in Bremen.“ G.—u.

Rückblick auf das erste deutsche Bundeschießen. (Originalbericht.)

VII.

Frankfurt a. M., 28. Juli.

Wenn ich einen letzten Bericht über den Verlauf des Festes, dessen Glanz jetzt erloschen, etwas spät sende, so möge der gütige Leser entschuldigen. Die Abspannung, welche nach einer so heftigen Aufregung eintritt, sie ist zu groß, um so gleich die ruhige Abfassung eines Rückblicks zu erlauben.

Sehen wir zurück auf Anfang und Ende des Festes, so finden wir am ersten und letzten Tage die gleiche Begeisterung für die Idee, welche die Gründung des deutschen Schützenbundes veranlaßt hatte, für den Gedanken der Zusammengehörigkeit aller deutschen Brudervölker. Zwar gingen die Ansichten derer, welche hier zusammenstrafen, weit auseinander über die Mittel und Wege, auf welchen das gesteckte Ziel zu erreichen sei, aber man war nicht hierher gekommen, um über diese Mittel und Wege zu berathen, sondern um sich durch Zusammenleben mit Männern aus allen Ecken unseres Vaterlandes zu stärken zum Festhalten an dem Ziele, alle Deutschen zu einem Staate zu vereinen. In dieser Idee, begegneten sich Nord- und Süddeutsche, Fürst und Bauer und deshalb war es unrecht, dem Feste von gewisser Seite her einen Parteifaracter beilegen zu wollen.

Mag die österreichische Regierung Herrn Dr. Wildauer noch zehn Orden verleihen, dadurch wird sein Verdienst, einen unglücklich gewählten Ausdruck in der Rede von Weg ausgegriffen zu haben, um daran eine lange Polemik zu knüpfen, doch nicht weniger zweifelhaft, und das Bestreben, den Veranlassern des Festes einen indirecten Vorwurf zu machen, tritt deutlich genug hervor. Daß es den Bemühungen des Professors Wildauer und der hinter ihm stehenden Presse nicht gelang, einen tiefen Riß durch die Festfreunde zu ziehen, das dient uns als bester Beweis, wie thöricht die Anschuldigungen waren, daß das Fest zur Verherrlichung von einseitigen Parteibestrebungen benutzt werden sollte. Haben bei dem Streite über die Herkunft der Italiener die Völker einen Fehler gemacht, der leicht zu bösen Folgen hätte führen können, so hat durch die unzeitige Ordensverleihung die österreichische

gehen; zur Lösung des Contractes — und jeder Contract sei zu lösen — werde das Haus die Mittel bewilligen. — Er (Redner) sei sich der Achtung gegen die Vertretung der Krone bewusst und halte den Herrn Minister zu einer Bemerkung, wie er sie gemacht, nicht für berechtigt.

Finanzminister v. d. Heydt: Der Vorredner habe erklärt, daß nach den Ausführungen der Regierung diese die Absicht habe, die Verfassung nicht zu halten. Diese Erklärung scheine ihm die Schranken der Ordnung zu überschreiten und stelle er sich deshalb unter den Schutz des Herrn Präsidenten, indem er den Antrag stelle, den Abgeordneten zur Ordnung zu rufen, denn kein Mitglied des Hauses habe das Recht, dem Minister, der die Verfassung beschworen habe, eine solche Absicht unterzulegen. (Bravo rechts).

Präsident Grabow: Einen Ordnungsruf könne er vorläufig nicht ergehen lassen, da er die angeführte Aeußerung nicht gehört habe; er werde sich darüber erst entscheiden können, wenn er die Aeußerung schwarz auf weiß gelesen habe.

Finanzminister v. d. Heydt: Er bitte den Abgeordneten v. Hennig selbst zu fragen, ob er diese Aeußerung nicht gethan habe.

Präsident Grabow: Er richte deshalb an den Abgeordneten die Aufforderung, sich darüber zu erklären.

Abg. v. Hennig: Er müsse jede Verächtung zu dieser Frage in Abrede stellen (oh! oh! rechts; v. Vincke: dem Präsidenten?); er könne darüber keine Auskunft geben; es sei möglich, daß er dies gesagt habe und werde er dem Herrn Präsidenten den stenographischen Bericht uncorrectur übergeben.

Präsident Grabow: Unter den obwaltenden Umständen müsse er die Frage bis nach Einsicht des stenographischen Berichts als erledigt ansehen.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Er trete den Ausführungen des Abgeordneten v. Vincke und auch Beder bei; es gebe in auswärtigen Fragen Zeitpunkte, wo die Regierung auch im Inlande dringende Veranlassung habe, sich auszusprechen, wozu sie sich nur eines eigenen Organs bedienen könne. Einen Verfassungsbruch könne er darin nicht erblicken, wenn die Regierung die Summen als Etats-Überschreitungen fordere, allein er würde dies nicht gut heißen können. (Die Unruhe im Hause ist so groß, daß die Rede im Zusammenhange nicht zu verstehen ist.)

Abg. Frese (Winden): Der Minister des Innern habe die Herren des literarischen Bureaus in Schutz genommen; er fordere den Minister auf, die Namen der Herren durchzusehen, und wenn er nicht finde, daß diese Herren größtentheils schon unter dem Ministerium Montaufler, dann v. Auerwaid und dann dem jetzigen beschäftigt gewesen, so wolle er sein Spiel gegen den Minister verloren geben. Der Abgeordnete Lette habe einen gewaltigen Anlauf genommen und habe damit geschlossen, sich für die Bewilligung der Fonds zu erklären. Das sei die Politik der Vordersätze, denen der Nachsatz fehle. (Bravo.) Dem Abgeordneten v. Vincke habe er zu erwidern, daß die unabhängige Presse Mannes genug sei, die Interessen Preußens zu vertreten, und diese Vertretung habe ohne Rücksicht auf das jetzige Ministerium stattgefunden, davon lieferten die liberalen Blätter in Betreff des französischen Handelsvertrages den schlagendsten Beweis. Wenn die Zeitungen unisono für Preußens Interesse in der Zollfrage eintreten, dann erkenne der österreichische Minister die Meinung des Landes; wenn aber die Sternzeitung solche Artikel bringe, dann wisse dieser Minister so gut, wie das Haus, daß die Sternzeitung nur die Herren am Ministertische zu Lesern habe. (Beifall.)

Minister des Innern v. Jagow: Die Thätigkeit des literarischen Bureaus sei eine sehr mannigfaltige und es könne daher ein Theil der Beamten beim Wechsel des Ministeriums leicht zu nur referirender Thätigkeit verwandt werden. Abg. v. Gottberg: Es sei gestern zwar vom Abgeordneten Beder behauptet worden, daß die Sternzeitung keine anderen Leser habe, als das Ministerium; die speciellen Mittheilungen des Abgeordneten Birchow bewiesen ihm aber doch, daß wenigstens dieser Herr zu ihren Lesern gehöre. Er fürchte, daß, wenn das Haus die Bewilligung nicht ausspreche, das Urtheil Europas über die Debatte und das Gebahren des Abgeordneten-Hauses nicht zu Gunsten des letzteren ausfallen werde. Die Regierung treffe in dieser Frage kein Vorwurf; sie habe offen und loyal gehandelt.

Abg. v. Vincke (Stargard): Obgleich er den Ausführungen des Abg. Frese größtentheils beistimme, so sei er doch genöthigt, in der gegenwärtigen exceptionellen Lage gegen den Commissions-Antrag zu stimmen. Die Regierung bedürfe zur Vertretung dem Auslande gegenüber ein Organ. Der Abg. Frese habe sie in dieser Beziehung auf die unabhängige Presse verwiesen, und er erkenne gern an, daß die großen liberalen Blätter längst auf dem Gebiete der Handelspolitik Oesterreich gegenüber ihre Schuldigkeit gethan. Die Regierung müßte aber auch in ausländischen Blättern vertreten sein, und das sei namentlich in Süddeutschland nöthig. Die Regierung bedürfe auch eines Organs, um ihren Standpunkt dem Auslande gegenüber klar zu machen.

Der Abg. Lette stellt den eventuellen Antrag, anstatt 31000 Mk. nur 16000 Mk. zu bewilligen. — Abg. Rosch (zur Geschäftsordnung) bittet den Präsidenten, den Abg. Dr. Lette zum Unterschiede von den Abgg. der Stadt Königsberg, zu denen er gehöre, als den Abg. für Königsberg in der Neumark zu bezeichnen. (Heiterkeit.) — Ref. Abg. v. Hoyerbed: Die Nothwendigkeit eines Organs zur Vertretung der auswärtigen Politik gehöre nicht hierher, sondern in den Etat für das auswärtige Ministerium. Wenn der Minister des Innern eine zweite Verwendung der verlangten Mittel für die Vertretung der Regierung im Lande verlange, so sei dies noch bedenkllicher, da hiermit wohl nur die noch gar nicht aufgekärte Beeinflussung der Provinzialpresse gemeint sein könne.

Abg. v. Hennig (persönlich): Der Herr Finanzminister habe gesagt, er befreite ihm das Recht, ihn zur Ordnung zu rufen; das habe er auch nicht gethan, halte aber seinen früheren Anspruch aufrecht, daß er den Finanzminister nicht für berechtigt halte zu der Frage, ob das Haus sich bewusst sei, die Achtung gegen die Krone nicht verletzt zu haben.

Die Abstimmung folgt. Die Gehälter des Directors und Kanzleidirectors (mit 1200 resp. 600 Thlr.) werden auch für 1863 als „künftig wegfallend“ genehmigt. Für den Antrag Lette, den Dispositionsfond auf 16,000 Thlr. zu ermäßigen, stimmen die Conservativen, die Katholiken, die Altliberalen (Fraction Vincke und Köhne) und von der Fraction Bodum-Dolfs einige Mitglieder, wie Frech, Kuhlwein u. A., der Antrag ist mit großer Majorität abgelehnt, dagegen der Antrag der Commission, Streichung des gesammten Fonds von 31,000 Thlr. mit demselben Stimmenverhältniß angenommen.

Bei dem Etat für die General-Ordens-Commission beantragt die Commission die Resolution, die Erwartung auszusprechen, die Staatsregierung wolle zur Vermin-

derung der Kosten für Anschaffung von Ordens-Insignien darauf Bedacht nehmen, daß Inländer die Ordens-Insignien nicht in natura, sondern nur ein Patent, welches zur Tragung des Ordens berechtigt, ertheilt werde.

Finanzminister v. d. Heydt: Er müsse bedauern, daß die Resolution gestellt sei; die Ordensverleihung sei eine Privilegie der Krone, und in dem betreffenden Verfassungsartikel sei nicht die Rede von Patenten, sondern von Orden.

Abg. Taddel (sehr schwer verständlich): Die Ordensverleihung sei nur ein Act der Königl. Gnade, das Volk sei nicht dabei betheiligt. Die Verdienste der Decorirten seien meist nicht bekannt. Wenn dennoch das Volk die Kosten tragen sollte, so halte er die Verminderung der Kosten für begründet. Die Königl. Gnade laide nicht darunter.

Abg. Reichensperger (Gelsen): Die Landesvertretung hätte das größte Interesse, die Verfassung also auch in diesem Punkte (Art. 50) aufrecht zu erhalten. Die Bemängelung sei eine kleinliche, die gar nicht vom Hause angeregt werden müsse.

Abg. Waldeck: Ob mit dem Worte Orden auch immer Ordenszeichen gemeint sein müßten, sei wohl nach der Geschichte der Orden noch zweifelhaft. Doch sehe er davon ab. Er stimme mit der Ansicht überein, daß die Verdienste nicht in gleichem Maße mit den Orden gewachsen seien (Heiterkeit). Doch sei er für die bisherige Art der Verleihung. Ein Orden sei ja jetzt weiter nichts als ein Vischen Band oder dergleichen. Wenn man auch das noch fortnehmen wolle, so bliebe ja gar nichts. (Heiterkeit.)

Abg. Zimmermann: Lediglich der Verfassungsartikel bestimme ihn und seine Freunde, gegen die Resolution zu stimmen.

Das Haus erklärt sich fast einstimmig (nur die Abgg. Kerst, Rüning dafür) gegen die Resolution, und nimmt auch den Etat pro 1863 für denselben Zweck an. —

Bei dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beantragt die Commission zunächst: Die Kosten für die Minister-Residentur in Darmstadt mit 4800 Thlr. als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen. Abg. Behrend (Danzig) beantragt die Ablehnung dieses Antrages: Wenn selbst die Staatsregierung sich in der Person des Gesandten vergriffen haben sollte, worüber er sich kein Urtheil erlaube, so rechtfertige dieses nicht die Absetzung des Postens. Er erachte diese Residentur für sehr nothwendig, da es sehr wünschenswerth sei, daß preussische Anschauungen dort vertreten seien. Die Absetzung würde zur Folge haben, daß auch die hessendarmstädter Regierung ihren Vertreter von unserm Hofe abberufe und jede Beeinflussung würde verhindert sein. Preußens Beruf in Deutschland, die Rücksicht auf die englische Heirath des hessischen Thronfolgers, die Nothwendigkeit endlich, die Einflüsse des Mainzer Episkopats scharf im Auge zu behalten, verlange die Beibehaltung des Postens. (Beifall.)

Abg. Birchow: Die Commission habe geglaubt, daß die geringen Interessen, welche in Darmstadt zu vertreten seien, sehr gut von Karlsruhe oder Frankfurt aus mit versehen werden können. Darmstadt sei der Sitz der Würzburger Coalition und dabei habe man beobachten können, wie gering der Einfluß unseres Gesandten daselbst sei und wie wenig auf einen Einfluß derselben auf die Bevölkerung zu rechnen sei, was ja bekanntlich nicht zu den Aufgaben der preussischen Diplomatie gehöre. Graf v. Bernstorff: Wenn der Vorredner zugegeben, daß Darmstadt der Mittelpunkt der Würzburger Coalition sei, so hätte er daraus die Nothwendigkeit der Vertretung folgern sollen. Schon der eine Umstand, daß Oesterreich dort vertreten sei, sei für ihn (den Minister) durchgreifend (Beifall). Abg. Kerst: So gut wie Preußen in Oldenburg von Hannover aus vertreten würde, so gut könnten wir in Darmstadt von Frankfurt a. M. aus vertreten werden. Graf Bernstorff: In Oldenburg sei eben keine Vertretung wegen der dort herrschenden Gesinnung nothwendig, wohl aber in Darmstadt (Bravo rechts).

Abg. Rohden: Die Worte des Abg. Behrend, die dem Bischof von Mainz einen preusseneindlichen Einfluß auf den darmstädter Hof zugeschrieben, hätten durch die Bezugnahme des Ministers der auswärtigen Angelegenheit an Gewicht gewonnen; er kenne den Bischof genau und dessen Pflichttreue; der Bischof vertrete nichts anderes, als katholische Interessen. Der wahre Katholik sei nie preusseneindlich, was auch die Haltung seiner eigenen Partei beweise. — Abg. v. Carlomiz: Der Einwand, daß, weil Oesterreich einen Gesandten in Darmstadt habe, müsse Preußen auch einen solchen dort haben, sei nicht begründet, da Preußen eben dort keinen besondern Einfluß übe.

Abg. Reichenheim gegen, Abg. Birchow für den Commissions-Antrag.

Abg. Behrend: Er habe dem Bischof von Mainz wegen der Mangel an Pflichttreue noch Nachlässigkeit in Vertretung der katholischen Interessen vorgeworfen; er meine aber, daß ein katholischer Bischof an einem protestantischen Hofe wohl noch anderen Einfluß zu üben suchen werde als die Vertretung katholischer Interessen.

Abg. Rohden: Den von dem Abg. Behrend mit Bezug auf den Bischof von Mainz gebrauchten Ausdruck der Preusseneindlichkeit werde der stenographische Bericht nachweisen.

Referent Abg. v. Hoyerbed: Die Debatte habe sich etwas verschoben. Es handle sich nicht um Streichung, sondern um den künftigen Wegfall der Position. Die Commission sei der Meinung gewesen, daß, da eben erst künftiger der preussische Gesandte in Darmstadt wegfallen solle, der gegenwärtige Gesandte noch immer Gelegenheit habe, im Interesse des deutsch-französischen Handelsvertrages zu wirken. — Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Commissions-Antrages mit geringer Majorität. Gegen denselben stimmt der größere Theil der Fraction Reichensperger, die Altliberalen, ein großer Theil der Fraction Bodum-Dolfs, die Mitglieder der freien volkswirtschaftlichen Commission, die Conservativen.

Die folgenden Posten werden nach den Anträgen der Commission ohne Debatte angenommen.

Die Commission hat den Antrag gestellt: „Die einzelnen Positionen dieses Titels (Gesandtschaften) für Titel zu erklären.“ — Regierungs-Commissar Mölle: Die Specialisirung der Etats ist in so großem Maßstabe erfolgt, daß man wohl sagen kann, sie habe die Erwartungen übertraffen. Die Aufstellungen bei den Etats der einzelnen Verwaltungen sind nicht willkürlich, sondern das Resultat eines bestimmten Planes. Weicht man auf einer Stelle von demselben ab, so wird der ganze Plan beeinträchtigt. In Bezug auf die hier vorliegende Frage war der Grundsatz leitend, daß nicht die Befolgung der einzelnen Behörden, sondern aller gleichartigen Behörden unter einem Titel zusammengefaßt werden müßte, so z. B. die Befolgung für sämtliche Regierungen, Appellationsgerichte, Kreisgerichte, und auch Gesandtschaftsposten zc. — Es liegt nun durchaus kein Grund vor, um gerade bei

den Gesandtschaften davon abzuweichen. Nimmt das Haus den Antrag an, so liegt darin gewissermaßen der Wunsch ausgesprochen, das Haus wolle keine systematische Aufstellung des Etats und wolle in der Form nach Willkür verfahren.

Abg. Hagen: Die Prämissen des Regierungs-Commissars träfen nicht zu. Die Regierung sei nicht so weit in der Specialisirung gegangen, als man gewöhnlich. Auf allgemeine Schönheits-Rücksichten, auf sogenannte Congruenz müsse man nicht zu viel bei der Aufstellung geben. Wenn wir eine wirkliche Ober-Rechnungskammer hätten, so ließe sich dem Commissar allenfalls beipflichten, heut aber könne sie noch beliebig mit ihren Bemerkungen zurückhalten oder sagen, sie wisse nicht, ob sie überhaupt Bemerkungen zu machen habe. So lange das Controlrecht nicht gesichert sei, müsse man es sich auf indirectem Wege sichern. Diese Specialisirung sei sehr wichtig; man sehe das bei dem vorher beratenen Fonds des literarischen Bureaus, der übrigens nicht, wie der Abgeordnete für Königsberg in der Neumark zu glauben scheine, ein geheimer Fonds sei.

Minister v. d. Heydt: Die Specialisirung sei so genau als möglich ausgeführt, das habe man auch überall anerkannt, der Abg. Hagen habe nicht angeführt, wie viel sie noch weiter gehen solle; er habe nicht einmal versucht den Commissar zu widerlegen. Die Regierung sei nach bestimmten Grundsätzen mit der Specialisirung vorgegangen, diese Grundsätze habe die Commission auch im Allgemeinen anerkannt. Wollte man jetzt von diesen Prinzipien willkürlich abweichen? Die Regierung würde stets dem Hause sagen, was nothwendig gewesen sei auszugeben; und damit würden doch alle Absichten erfüllt sein, da das Haus dann wisse, ob der Etat inne gehalten sei, oder nicht.

Abg. v. Hoyerbed: Das Haus müsse an einzelnen Stellen das ganze Gewicht seiner Entscheidung geltend machen, es müsse zuweilen seine Riegel vorschieben, damit nicht gegen seinen Willen verfahren werden könne. — Der Commissions-Antrag (Specialisirung dieses Haupttitels) wird mit schwacher Majorität angenommen. —

Die Commission hat bei Titel 7 (Consularbeamte) die Erwartung ausgesprochen, daß das General-Consulat in London in ein Consulat umgewandelt werde und deshalb den Antrag gestellt: den hier pro 1862 ausgelegten Betrag von 1800 Thlr. als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen. — Abg. Behrend (Danzig): Es komme ihm gar nicht darauf an, ob die Regierung einen Beamten anstelle oder einen Kaufmann, diese Absicht der Regierung werde durch die Streichung der 1800 Thlr. gar nicht alterirt; allein dem Consul aus dem Kaufmannsstande neben den hohen Gebühren noch Bureaufolien von 1800 Thlr. zu bewilligen, sei zu viel. Der verstorbene General-Consul in London hätte aus diesen Gebühren ein Einkommen von 3000 Pfund gezogen. Eine Ermäßigung der Gebühren der Consuln liege im Interesse des Publicums; das General-Consulat in London sei aufzuheben und nur ein Consul aus dem Handelsstande zu bestellen. Man werde dann die Viceconsulate in den englischen Provinzialstädten in Consulate verwandeln können und diese ausreichend besolden, wenn man sie auf die Gebühren verwies, von denen sie bisher die Hälfte an den General-Consul hätten abliefern müssen. Auch würde es sehr gut sein, wenn deren Berichte dann direct an das Ministerium gelangen, statt wie bisher an den General-Consul, der davon nur das ihm Entschende benutzte.

Reg.-Commissarius, Geh. Leg.-Rath Philippshorn: Das General-Consulat in London sei der Mittelpunkt eines abgeschlossenen Organismus von Consulaten. Es existirten in England 60 Vice-Consuln und in den überseeischen englischen Besitzungen noch 25 Consuln. Wollte der General-Consul im Interesse Preußens wirken, wie es jetzt geschieht, so sei es unmöglich, daß er daneben noch ein Geschäft betreiben könne. Unsere Vice-Consuln in England verkehrten selbst viel lieber mit dem General-Consul, als in jedem Falle mit dem Ministerium. In Betreff der Gebühren werde genau nach dem bestehenden Reglement verfahren, und der verstorbene General-Consul habe noch nicht zwei Drittel der angegebenen Summe eingenommen.

Abg. Dr. Faucher: Es liege überhaupt nur ein Antrag der Commission vor, der auf Streichung der 1800 Thaler gehe. Er halte die Umwandlung des General-Consulats in ein Consulat nicht für möglich. Das bisherige Consulat habe die Klagen aller deutschen Kaufleute hervorgerufen und die Commission wüßte eben durch ihren Antrag die Herstellung eines wirklich ein General-Consulats in London. Dazu gehöre nicht ein Kaufmann, sondern ein angestellter Beamter mit festem Gehalte. Es sei dies ein Posten, für den sich ein national-ökonomisch-gebildeter Beamte am besten eigne. (Heiterkeit.)

Abg. Parkort: Die Consuln müßten von unten herauf gebildet werden. Wir hätten viel mehr Salon-Candidaten, als Consular-Candidaten; er wüßte, daß sich für die Consular-Carrière eine vollständig abgeschlossene Hierarchie herausbilde.

Reg.-Commissar Philippshorn: Die Uebereinstimmung des Abg. Faucher mit ihm sei um so erfreulicher, als der Abgeordnete durch seinen längeren Aufenthalt in London Erfahrungen gesammelt habe. Er könne aber dann nicht begreifen, wie derselbe dennoch zu der Unterstreichung des Commissions-Antrages komme.

Der Präf. Grabow erklärt, daß es sich für 1862 nicht um Absetzung der 1800 Thlr. handle, sondern darum, sie als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Abg. Behrend: Wenn die Regierung einen nicht kaufmännischen General-Consul in London aufstellen wolle, so müßten die 1800 Thlr. für Bureaufolien künftighin wegfallen; im Falle, daß die Regierung einen kaufmännischen aufstellen wolle, so stelle sie in Aussicht, daß die Gebühren ermäßigt würden.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag der Commission in der Minorität.

Ein Antrag der Commission, gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, daß die sämtlichen Jahres-Berichte und andere ausführliche Berichte preussischer Consuln in den verschiedenen Ländern und Häfen zusammen abgedruckt, alljährlich dem Hause der Abgeordneten vorgelegt werden, wird angenommen, ebenso ein Antrag, die Regierung aufzufordern, „in der nächsten Session ein Gesetz über die Jurisdiction der Consuln vorzulegen“.

Ebenso werden fast ohne Discussion die Positionen des Etats für 1863 genehmigt, die Streichung der 6000 Thlr. pro 1863 für den Militärvollmachtigen in Petersburg wird genehmigt, dagegen die Streichung der Ausgaben für den darmstädter Posten und das Londoner General-Consulat für 1863 wird nicht genehmigt. — Damit ist der Bericht erledigt.

Präf. Grabow: Er habe nun noch den Antrag des Finanzministers wegen des Ordnungsrufes gegen den Abg.

Hennig zu erledigen; er habe sich die stenographischen Berichte vorlegen lassen; die betreffende Stelle laute folgendermaßen: „Der Herr Finanzminister hat uns die außerordentliche Erklärung hier abgegeben, daß die Regierung, wenn wir die Position nicht bewilligen, trotzdem die Ausgabe machen und sich dann rechtfertigen werde, wenn die Summe bei der allgemeinen Rechnung unter den gewöhnlichen Staats-Neberforderungen aufgeführt würde. Meines Wissens ist einer parlamentarischen Versammlung eine solche Erklärung von Seiten eines Ministers noch niemals abgegeben worden, und sie kann auch nicht ergehen von einem Minister, der die Absicht hat, die Verfassung zu halten. Ich bin der Meinung, daß wenn der Finanzminister eine solche Erklärung abgegeben hat, wie diese eben gehörte, dies dann eigentlich voraussetzt, daß Steuerbewilligungsrecht der Landesvertretung existirt nur so lange für die Staats-Regierung, als es ihr paßt.“ Diese Rede (fährt der Präsident fort) sei nicht so, wie sie gehalten werden sollte; er sehe aber in der Aeußerung die directe Erklärung nicht, daß der Finanzminister die Absicht habe, die Verfassung zu verletzen. Wenn er auch die Auffassung des Abgeordneten nicht billigen könne, so glaube er mit Rücksicht auf den Inhalt, der eine bestimmte Voraussetzung mache, einen Ordnungsruf nicht erlassen zu können. (Bravo.) Abg. v. Hennig: Er werde stets den Anordnungen des Präsidenten sich zu fügen geneigt sein; der Präsident scheine nun angenommen zu haben, daß eine Beleidigung des Finanzministers in seinen Worten liegen könne, das habe er nicht beabsichtigt, und wenn der Präsident doch die Absicht darin zu finden geglaubt, so erkläre er, daß er den Minister nicht habe beleidigen wollen.

Deutschland.

— (Schl. B.) Graf Bernstorff soll die Hoffnung, sein Amt mit einem auswärtigen Gesandtschaftsposten zu vertauschen, auf den Herbst vertagt haben. Man verläßt das Ministerium, dies lehrt die Erfahrung, nicht so leicht, wie man eintritt. Die ganze Lage dürfte vor Mitte September keine einschneidende Aenderung erfahren.

— Der „Schl. Btg.“ wird geschrieben: Wie verlautet, dürfte der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, Geh. Rath von Wieleben, bald in eine höhere Staats-Stellung berufen werden. (Minister des Innern?) — Die Stelle eines Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg erhält entweder der Staatsminister a. D. Freiherr von Patow oder der Geh. Rath Mathis.

— Der „Wiener Boten“ hält dem Dementi der „Stern-Btg.“ gegenüber seine jüngste Mittheilung über ein von der Dänischen Regierung proponirtes Project zur Lösung des deutsch-dänischen Conflicts in folgender Form aufrecht: Daselbe ist die Ausführung der am Schlusse der vom 8. Mai datirten Circularnote des Herrn v. Hall an die dänischen Gesandten in Paris, London, Stockholm und Petersburg in Aussicht gestellten Lösung. Diese würde in dem Erlaß einer octroyirten königlichen Ordonnanz bestehen, welche bestimmt wäre, dem Herzogthum Holstein eine gänzliche autonome Stellung neben, wenn auch nicht außerhalb, der dänischen Monarchie zu geben. Zu dem Zwecke würde die bestehende Verfassung modificirt werden. Auch für Schleswig, Lütland und Seeland eine innere Autonomie zu gewähren, ist das dänische Cabinet keineswegs abgeneigt, um der Einwendung zu begegnen, als sei die für Holstein zu schaffende Sonderstellung eine auf die Verwirklichung des Eiderstaates Dänemark-Schleswig berechnete Maßregel. Gleichzeitig aber hält das dänische Cabinet daran fest, daß über eine schleswig'sche Frage mit den deutschen Mächten zu verhandeln gar kein Anlaß gegeben sei. Frankreich, England und Rußland haben sich mit dieser Auffassung einverstanden erklärt.

— Man spricht in Wien von einer demnächst am Bunde abzugebenden Erklärung in Bezug auf die Anerkennung Italiens durch Preußen. Es würde darin der Beweis versucht werden, daß diese Anerkennung speciell in Bezug auf die öffentlichen Ansprüche, welche das Turiner Cabinet auf unbestrittene Theile des deutschen Bundesgebiets (Triest und Südtirol) erhoben, den Interessen des Bundes und den Pflichten einer Bundesmacht zuwiderläuft.

— Der „N. B.“ wird aus Brüssel geschrieben: Wie man hier aus London erfährt, soll Lord Palmerston sich dem amerikanischen Norden genähert, ein aufmunterndes Schreiben an Lincoln gerichtet und ihm die seit mehreren Monaten von Frankreich wiederholt gemachten Vorschläge mitgetheilt haben. Man ist in England misstrauisch wegen der Pläne Napoleons III. in Mexiko und befürchtet, der Kaiser könnte sich mit dem Süden verständigen, um bei der definitiven Abrechnung mit Juárez die Conföderirten zu bedrängen. Die französische Regierung begnügt sich nicht mehr, durch ihre halböffentlichen Blätter ihre Sympathien für den Süden auszusprechen, nun werden auch die Correspondenzen des „Moniteur“ zu Hilfe genommen.

[Berichtigung.] In der Depesche in der heutigen Morgennummer ist statt: „gestützt auf Artikel 25 des Februarvertrages für 1863“ zu lesen: „gestützt auf Artikel 25 des Februarvertrages von 1833“.

Amst., 26. Juli. Wir werden jetzt auch einen Wahlproceß haben. Graf v. Reichenbach ist nämlich wegen Verleumdung des Königs, isters v. Noon angeklagt, die er sich durch eine in Sohrau gehaltene Wahlrede habe zu Schulden kommen lassen. Hauptzeuge soll der Bürgermeister von Sohrau sein.

Hamburg, 29. Juli. Advocat Lehmann, Mitglied der hollsteinischen Ständeverammlung und einer der intelligentesten Vertreter der Rechte des Landes, ist heute Nachmittag in Kiel gestorben.

Frankreich.

— Im Siècle macht Herr Cayla, derselbe, der das Project einer kaiserlich französischen Nationalkirche ausgedacht hat, den Vorschlag, auf dem Marsfelde dem Dichter der Marcellaise, Rouget de l'Isle, ein Riesendenkmal zu errichten und die Beiträge dazu großentheils in der ganzen Welt zu sammeln. Zur Einweihung werden dann natürlich alle Völker eingeladen.

Rußland und Polen.

△ Warschau, 28. Juli. Heute wird bekannt gemacht, daß der Zwang, nach 11 Uhr mit einer Laterne auszugehen, aufgehört. Ueberhaupt ist der Kriegszustand für den ruhigeren Bürger jetzt fast nicht mehr fühlbar, während er immer Uebers oder besser gesagt, unter dem Kriegs-Gouverneur Krzeczowski, der damals Alles galt, gerade den ruhigen Bürger am härtesten traf. — Binnen Kurzem werde ich im Stande sein, Ihnen die erfolgte Befreiung des größten Theils der vom Kriegsgericht Verurtheilten melden zu können. Ich sage Befreiung, nicht Amnestie, denn in diesem Augenblick ist eine

Commission von Rechtskundigen, darunter freilich zwei ausgediente russische Generale, damit beschäftigt, sämtliche gegen kriegsrechtlichen Urtheile zu revidiren und alle diejenigen zu annulliren, die der Kriegs-Gouverneur zu Opfern bestimmt hat. Anstatt einer Amnestie soll also bei den Meisten eine Rehabilitation erfolgen. Die Sache wird vorläufig geheim betrieben — und gehört Ihr Correspondent zu den Wenigen, die es erfahren.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 3 1/2 Uhr Nachmittags.

Warschau, 31. Juli. Der heutige „Dziennik“ enthält eine kaiserliche Verordnung, betreffend die Reorganisation sämtlicher Behörden durch Decentralisirung, Maßregeln zu Ersparnissen durch Verminderung der Beamten und die Ausdehnung des Wirkungskreis der Unterbehörden.

Danzig, den 31. Juli.

* Se. Königl. Hoheit der Prinz Alfred wird mit dem englischen Geschwader in diesen Tagen hier erwartet. Das Geschwader besteht aus den Liniensschiffen „Kewenig“, „St. George“ und „Trafalgar“, der Panzerfregatte „Defence“, den Fregatten „Emerald“ und „Galathea“ und der Corvette „Chanticleer“.

* Nächsten Montag, 4. Aug., wird die Friedensgesellschaft von Westpreußen in der Kunstschule hier selbst eine ordentliche Versammlung halten zur Erstattung des Verwaltungsberichts und Vornahme mehrerer Neuwahlen. Am 20. September versammeln sich die Mitglieder zur Dechargirung der Rechnung und zur Bestimmung über die zu gewährenden Unterstützungen.

* Der Gartenbauverein versammelt sich nächsten Sonntag beim Garten-Superintendenten Herrn Schondorff in Oliva.

* Das gestern im Schützengarten stattgehabte Promenaden-Concert sämtlicher Musikchöre der hiesigen Garnison war vom Wetter begünstigt und zahlreich besucht. Die an 4 verschiedenen Stellen des weitläufigen Gartens placirten Chöre executirten abwechselnd ohne Unterbrechung das splendide Programm (24 Piecen) in anerkannterwerthester Weise und erzielten verdienten Beifall. Der zum Schluß von den vereinigten Musikern ausgeführte Dessauer Marsch und die Mätratte machten einen imposanten Eindruck. Die Wiederholung eines solchen Concerts dürfte sicher ein noch zahlreicheres Publikum anlocken, da gestern nur Eine Stimme der vollkommensten Befriedigung herrschte. Herr Seig hatte den Garten aufs prächtigste mit Lampen und Fackeln beleuchtet.

* Das von dem Maurergesellen Barwick unter der Dachsparre gefundene Papiergeld ist als dem Kaufmann Löwenstein gehörig anerkannt und demselben ausgehändigt worden. Dem Finder wurde eine Gratification von 54 Thlrn. ausbezahlt.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 31. Juli 1862. Aufgegeben 2 Uhr 15 Min.

Angekommen in Danzig 3 Uhr 45 Min.

Lezt. Ers.		Lezt. Ers.	
Roggen fest,		Preuß. Rentenbr.	100 1/2
loco	53 55 1/2	3 1/2 Westpr. Pfobr.	89 1/2
Juli	64 59	4 1/2 do.	100
Septbr.-Octbr.	50 1/2	Danziger Privatb.	103 1/2
Spiritus Juli . . .	19 1/2	Distr. Pandbriefe	89 1/2
Rübsen Juli . . .	14 1/2	Destr. Credit-Actien	86 1/2
Staatsp.-Schuldscheine	91	Nationale	66 1/2
4 1/2 % 56r. Anleihe	102 1/2	Boim. Banknoten	87 1/2
5 % 59r. Pr.-Anl.	103 1/2	Wechsel. London 6. 22 1/2	22 1/2

Hamburg, 30. Juli. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, aber ruhig, ab Auswärts flau. Roggen loco matter, ab Königsberg August ganz einzeln zu 84 zu kaufen. Del October 28 1/2 — 1/4, Mai 27 1/2. Kaffee recht fest, 2000 Sack umgesetzt. Die Rio-Depesche ist noch nicht eingetroffen. Zink ohne Geschäft.

Amsterdam, 30. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen loco unverändert, stille; Juli-roggen 4 1/2 niedriger, Octoberroggen unverändert. Rübsen Herbst 44 1/2. Raps October 77.

London, 30. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreiden ruhig. Preise waren unverändert. — Schönes Wetter.

London, 30. Juli. Silber 61 1/2 — 61 1/4. Consols 94 1/2. 1 % Spanier 44 1/2. Mexikaner 28 1/2. Sardinier 85. 5 % Russen 96 1/2. Neue Russen 93 1/4.

Liverpool, 30. Juli. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz; Preise steigend.

Paris, 30. Juli. 3 % Rente 86,90, 4 1/2 % Rente 97,60. 3 % Spanier —. 1 % Spanier —. Destr. Staats-Eisenbahn-Actien 490. Destr. Credit-Actien —. Credit mob. Act. 838. Lomb.-Eisen-Act. 620.

Produktenmarkt.

Danzig, den 31. Juli. Bahnpreise.

Weizen gutbunt, fein und hochbunt 125/27—128/29—130/31—132/48 nach Qualität 89/92 — 92 1/2/95 — 96/100—101/105 Igr.; ord. bunt, abfallend 120/122—123/25/27 nach Qual. von 75/80—82 1/2/85 Igr.

Roggen 62 1/2/63 Igr. 7r 125 1/2. Erbsen, Futter- u. Koch- von 59/60—62/63 Igr. Gerste kleine 103/6—110/12 1/2 von 37/40—43/45 Igr. do. große 106/8—110/14 von 42/43—45/48 Igr.

Häfer von 30—33 Igr. Rübsen, guter trodener 110—111 Igr., besonders schöner bis 112 Igr., abfallender 108 und darunter. Rapps 115—116 Igr.

Spiritus ohne Zufuhr. Wetter: bezogene Luft, sonst gut. Wind: N.-W.

Unser heutiger Weizenmarkt nahm wiederum einen flauen Verlauf, bis am Schluß derselben einige Kauflust hervortrat, die denn auch 325 Lasten zu ziemlich unveränderten Preisen gegen vorgestern an sich brachte. Bezahlt wurde für 127 1/2 bunt 56 1/2, 7r 85 1/2, 83 1/2 6—13 1/2 1/2 desgl. 570, 83 1/2 6 bis 84 1/2 1 1/2 bunt 57 1/2, 83 1/2 2 1/2 bis 83 1/2 18 1/2 besserer 580, alles 7r 85 1/2 und Connoissement, 134, 134 1/2 fein bunt glatt 605. — Roggen ohne Geschäft. — 110 1/2 kleine Gerste 82, 82 1/2, 85, 111 1/2 groß 294. — Rübsen 110 Igr., ausgez. Qualität holte 112 Igr. Weiße Erbsen 360. — Spiritus ohne Geschäft.

Königsberg, 30. Juli. (R. V. B.) Wind: N.W. + 16. Weizen flau, hochbunter 125—30 1/2 93—100 Igr. Br., bunter 121 1/2 83 1/2 Igr., rother 125—26 1/2 89 1/2 Igr. bez. — Roggen nachgebend, loco 116—20—22 1/2 57—59 1/2—61 Igr. bez.; Termine matt, 120 1/2 7r Juli, Juli-August, August-September, September-October 59 1/2 Igr. Br., 58 1/2 Igr. Gd., 80 1/2 7r Frühjahr 1863 60 Igr. Br., 58 1/2 Igr. Gd., 120 1/2 7r Mai-Juni 56 Igr. bez. — Gerste stille, große

100—110 1/2 35—45 Igr. Br., kleine 103 1/2 41 1/2 Igr. bez. — Häfer mäßig behauptet, loco 40—46 1/2 Bollg. 21—25 Igr. bez. — Erbsen stille, weiße Koch- 55—62 Igr., Futter- 40—52 Igr., graue 45—90 Igr., grüne 55—75 Igr. Br. — Bohnen 58 Igr. bez. — Wicken 30—53 Igr. Br. — Feinsaat geschäftslos. — Winterribs 107—15 Igr. bez. — Kleesaat, rothe 5—15 Igr., weiße 8—18 Igr. 7r. — Kle. Br. — Timotheum 4—7 1/2 Igr. 7r. — Rübsen etwas billiger erlassen, 14 1/2 Igr. 7r. — Rübsen 62 1/2 Igr. 7r. — Spiritus loco Verkäufer 20 1/2 Igr., Käufer 19 1/2 Igr. ohne Faß; loco Verkäufer 21 1/2 Igr. mit Faß; 7r. August Verkäufer 21 1/2 Igr. mit Faß; 7r. October Verkäufer 21 1/2 Igr. mit Faß; 7r. Frühjahr 1863 Verkäufer 20 1/2 Igr. mit Faß 7r. 8000 pEt. Tr.

Bromberg, 30. Juli. Weizen 125—128 1/2 holl. (81 1/2 25 1/2 bis 83 1/2 24 1/2 Zollgewicht) 66—70 Igr., 129—130 1/2 70—72 Igr., 131—134 1/2 72—76 Igr. — Roggen 120—125 1/2 (78 1/2 17 1/2 bis 81 1/2 25 1/2 1/2) 46—50 Igr. — Gerste, große 32—36 Igr., kleine 25—30 Igr. — Häfer 1 Igr. bis 1 Igr. 6 Igr. — Erbsen 42—44 Igr. — Raps 90—96 Igr. Rübsen 88—94 Igr. — Spiritus 19 1/2 Igr. 7r. 8000 %.

Stettin, 30. Juli. Witterung: bewölkt. Temperatur + 17° R. Wind: S.D. Weizen matter, loco 7r 85 1/2 gelber Märker 79—80 Igr. bez., 83 1/2 gelber Schlef. vom Boden 82 1/2 Igr. bez., bunter Polnischer 79—80 1/2 Igr. bez., weißer Kratauer 80—81 1/2 Igr. bez., eine Ladung 81 82 1/2 Borpommerscher 79 Igr. bez., 84 1/2 do. 80 1/2 Igr. bez., Juli 83 85 1/2 gelber 82 1/2 Igr. bez., Juli-August 82 Igr. bez. und Br., September-October 79 1/2 Igr. bez., Octbr.-Novbr. 77 Igr. bez., 77 1/2 Igr. Br., Frühjahr 77 Igr. bez. — Roggen niedriger bezahlt, loco 7r 77 1/2 52 1/2—52 1/2 Igr. bez., 77 1/2 Juli 52 1/2, 52 Igr. bez., Juli-August 50 1/2, 50 Igr. bez., Sept.-Octbr. 50, 49 1/2 Igr. bez., Octbr.-Novbr. 48 Igr. bez., Frühjahr 47 1/2, 47 Igr. bez. und Gd., 47 1/2 Igr. Br. — Gerste loco 7r 70 1/2 Galizische 38 1/2 Igr. bez. — Häfer loco 7r 50 1/2 30 1/2—31 Igr. bez., schwimmend Schlefischer 27 1/2 Igr. 7r. Conn. bez. — Erbsen, loco Futter- 51 1/2 Igr. bez. — Winter-Rübsen flau, guter gesunder 95—96 Igr. bez., ganz geringer 85, 71 Igr. bez. — Rübsen gut behauptet, loco 14 1/2 Igr. Br., Juli-August 14 Igr. Gd., Septbr.-Octbr. 14 Igr. bez. u. Gd., mit Faß 14 1/2 Igr. bez., October-November 14 Igr. bez. und G. — Spiritus unverändert, loco ohne Faß 19 1/2, 17 1/2 Igr. bez., Juli 19 1/2 Igr. bez. u. Gd., Juli-August und August-Septbr. 19 1/2 Igr. Gd., September-October 19 Igr. bez., October-November 18 1/2 Igr. Br., Frühjahr 18 1/2, 18 Igr. bez. und G., 18 1/2 Igr. Br.

Berlin, 30. Juli. Wind: Süd. Barometer: 28". Thermometer: früh 12° +. Witterung: bewölkt. — Weizen 7r 25 Scheffel loco 65—80 Igr. — Roggen 7r 2000 1/2 loco 53 1/2, 56 Igr., do. Juli 56, 59 Igr. bez., Juli-August 51 1/2, 52 Igr. bez. und Br., 51 1/2 Igr. G., August-September 50 1/2 Igr. bez., September-October 50 1/2, 1/2 Igr. bez. und Gd., 50 1/2 Igr. Br., October-November 49, 49 1/2, 1/2 Igr. bez. und G., 49 1/2 Igr. Br., November-December 48 1/2, 1/2 Igr. bez., Frühjahr 47 1/2, 1/2 Igr. bez. — Gerste 7r 25 Scheffel große 35—40 Igr. — Häfer loco 25—28 Igr., 7r 1200 1/2 Juli 25 1/2 Igr. bez., do. Juli-August 25 1/2 Igr. bez., do. August-September 24 1/2 Igr. Br., do. September-October 25, 25 1/2 Igr. bez., do. October-November 24 1/2 Igr. Br., Frühjahr 24 1/2 Igr. bez. — Rübsen 7r 100 Pfund ohne Faß loco 14 1/2 Igr. bez., Juli 14 1/2 Igr. bez., Juli-August 14 Igr. bez., August-September 14 Igr. Br. u. G., September-October 13 1/2, 14 Igr. bez., Br. u. G., October-November do., November-December do., Mai 14 Igr. Br., 13 1/2 Igr. G. — Leinöl 7r 100 1/2 ohne Faß loco 14 Igr. — Spiritus 7r 8000 % loco ohne Faß 19 1/2, 1/2 Igr. bez., Juli 19 1/2, 1/2 Igr. bez. und Gd., 1/2 Igr. Br., Juli-August do., August-September do., September-October 19 1/2, 1/2 Igr. bez. u. G., 19 1/2 Igr. Br., October-November 18 1/2, 1/2 Igr. bez. und G., 1/2 Igr. Br., November-December 17 1/2, 1/2 Igr. bez. u. Gd., 1/2 Igr. Br., Mai 18 1/2 Igr. bez. — Mehl. Wir notiren für Weizenmehl Nr. 0. 4 1/2—5 1/2, Nr. 0. u. 1. 4 1/2—5 Igr., Roggenmehl Nr. 0. 3 1/2—4 1/2, Nr. 0. u. 1. 3 1/2—3 3/4 Igr.

* London, 28. Juli. (Kingsford & Lay.) Die Zufuhren von fremdem Weizen betrugen in vergangener Woche 25,892 Quarter, davon kamen 2210 von Danzig, 60 von Hamburg, 680 von Königsberg, 6983 von Montreal, 7144 von New-York, 8360 von Odessa, 455 von Wismar. Von fremdem Mehl erhielten wir 260 Fässer von Rantes und 14,451 von New-York. — Das Wetter war seit Freitag schön und warm bei West-Wind. — Die Zufuhren von Essex und Kent waren klein, doch wurde nur ein Theil davon zu letzten Notizen placirt, während etliche Posten noch spät unverkauft blieben. Der Markt war gut besucht, es kam aber nur wenig Geschäft in fremdem Weizen zu Stande, da Inhaber keine niedrigeren Preise nehmen wollen. — Gerste, Bohnen und Erbsen holten äußerste letzte Preise. Häfer stellte sich 6d 1/2 theurer. Feines Mehl von guter Beschaffenheit war zu letzten Notizen ziemlich gefragt, Posten in schlechter Condition waren schwer zu begeben.

Weizen, englischer alter 50—60, neuer 58—63. Danziger, Königsberger, Elbinger 7r 496 1/2 alter 50—60, neuer 54—60, do. extra alter 60—65, neuer 60—65. Rostocker und Wolgaster alter 49—64, neuer 54—59. Pommerscher, Stettiner, Hamburger und Belgischer neuer 50—58. Petersburger und schwarzes Meer alter 32—54.

Frachten.

* Danzig, 31. Juli. London 17s 7r Load Scantlings und 1/2 □-Sleeper, 3s 4d, 3s 1 1/2 d, 3s 4d 7r Quarter Weizen. Grimsby 15s, oder Hull 15s 6d 7r Load Balken und □-Sleeper. West-Hartlepool 12s 6d 7r Load □-Sleeper. Bervit 2s 9d, Firth of Forth 2s 8d 7r Quarter Weizen. Falmouth 19s 7r Load Balken. Londonderry 21s 7r Load □-Sleeper. Nieuwediep 60 Cent 7r Stück halbrunder Sleeper. Lübeck 9 R. Hamb. Vco. 7r dänische Tonne Roggen.

Rondsbörse.

* Danzig, 31. Juli. London 3 Mon. 6, 21 1/2 Br. Hamburg kurz Vco. 100 151 1/2 Br., 1/2 Br. Amsterdam 2 Mon. 142 1/2 Br., 1/2 bez. Staatsp.-Schuldscheine 91 Br. Westpr. Pandbriefe 3 1/2 % 89 1/4 Br., do. 4 % 100 Br. Staats-Anleihe 4 % 103 1/2 Br., 103 bez. Preuß. Rentenbriefe 100 Br. Danziger Privatbank 103 1/2 bez., do. Stadtblg. 98 bez.

Schiffs-Nachrichten.

Allinge, 20. Juli. Die norwegische Slup „Louise“, Olsen, aus Sarpsborg, von Danzig nach Alborg mit Holz, ist heute unter Havarie hier angekommen, um zu löschen; war circa 10 Meilen D. von Bornholm led geworden und nur mit Mühe auf den Pumpen zu halten.

Druck und Verlag von H. W. Kaufmann
in Danzig.